

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die *Tagung der Liberalen Weltunion in Zürich*, deren Ziele in den verschiedenen Resolutionen niedergelegt wurden, die durch die Presse bekannt geworden sind, bedeutet ohne Zweifel einen weiteren, wichtigen Markstein auf dem Wege, den die liberale Welt in ihrem gleichzeitigen Kampfe gegen Sozialismus und Totalitarismus zu gehen entschlossen ist. Es wird zweifellos ein harter Weg sein, und in seinem Laufe sind viele Widerstände zu überwinden; und doch kann man sagen, daß die weitere Etappe dieses Marsches insofern unter günstigen Aspekten angetreten wird, als der eine Gegner, der Sozialismus, dem viele für die Nachkriegszeit einen eigentlichen Siegeslauf voraussagen wollten, sich bereits erheblich an den zahlreichen Hindernissen angestoßen und aufgehalten sieht, welche die praktische Verwirklichung seiner Doktrinen, insbesondere auf dem Gebiete der Verstaatlichungspolitik, erzeugt hat. Der andere Gegner freilich, und zwar der nach den heutigen Gesichtspunkten der Lage weit gefährlichere, ist nach wie vor im Vorwärtsschreiten begriffen, wenn sich auch sagen läßt, daß die Grenzen seiner Aktion sich nunmehr insoweit erkennen lassen, als die Wahlen in Italien und die Entwicklung der Dinge in Frankreich über diesen Punkt wenigstens vorerst eine gewisse Klarheit geschaffen haben. Ist es nun möglich, die umfassende Hilfe Amerikas auf dem Kontinent so großzügig wie geplant und damit erfolgreich einzusetzen, so wird der Liberalismus eine weitere Ausdehnung der totalitären Bereiche nicht mehr zu fürchten haben, im Gegenteil — es mag unter diesen Voraussetzungen sogar eine gewisse Zurückdrängung dieser Grenzen in Erwägung zu ziehen sein, wenn es gelingen sollte, wenigstens gewisse Teile des Ostens in die große wirtschaftliche Kombination einzuschalten. Freilich hängt hier alles davon ab, ob es heute schon möglich erscheint, zwischen den beiden großen Weltmächten einen vorläufigen Ausgleich zu finden, oder ob die zur Zeit in dieser Richtung beobachteten Versuche vorerst noch nicht zum Ziele führen.

Denn als ein solcher Versuch sind die Gespräche zweifellos zu werden, die vor kurzem zwischen *Rußland und den Vereinigten Staaten*, freilich auf etwas seltsame Weise, in Gang gebracht worden sind. Wenn sie inzwischen zwar in einer für die Öffentlichkeit erkennbaren Weise auch nicht weitergeführt wurden, so zeigt doch die erwartungsvolle und gespannte Unruhe, die seitdem die Organe der öffentlichen Meinung in allen Ländern nicht mehr verlassen will, daß man dieses Gespräch, so sehr es auch bereits in seinen Anfängen erheblich zu stocken scheint, einfach nicht als gescheitert betrachten will. So undurchsichtig die Lage in diesem Bereiche auch sein mag, — so viel läßt sich darüber heute zweifellos feststellen und das will uns als ein gutes Omen erscheinen. Jedenfalls wird man die weitere Entwicklung dieser Dinge überall mit größter Spannung beobachten, hängt doch von ihr für die künftige Gestaltung der Weltpolitik wahrhaft Entscheidendes ab.

Es ist seinerzeit vielerorts vermutet worden, die Fühlungnahme, die von amerikanischer Seite in Moskau eingeleitet wurde, sei in gewissen Zusammenhang zu bringen mit den Schwierigkeiten, welche in letzter Zeit der amerikanischen politischen Linie seitens der Westmächte Europas bereitet wurden. Diese Schwierigkeiten gruppieren sich, kurz zusammengefaßt, im wesentlichen um das Problem Deutschland, und sie bestehen darin, daß den amerikanischen Bestrebungen, die in der Hauptsache auf eine bedeutende Aktivierung der deutschen Wirtschaft im Rahmen des Marshallplanes gehen, von Seiten der Länder der westlichen Koalition eine lebhaftere Opposition bereitet wird und zwar aus Gründen der Sicherheit. Zwar bemühte sich die englische Politik hier in vermittelndem Sinne, aber sie konnte bisher zu keinem Erfolg kommen, weil die Widerstände der übrigen Benelux-Länder sich als viel zu groß erwiesen. Sofern nun die Vermutung zutrifft, welche die amerikanische Fühlungnahme in Moskau in der Richtung eines Druckversuches gegen diese Hemmnisse werten will, so ließe sich nach den Gesichtspunkten der heutigen Lage freilich feststellen, daß hier nun völlig neue Aspekte eingetreten sind, welche England nicht nur seiner Vermittlerrolle entheben, sondern seine Position selbst zum Gegenstand der Diskussion machen.

Zweifellos hat die *Gründung des Staates Israel* die bisher im Vordergrund stehenden Probleme der Weltpolitik in stärkstem Maße beeinflusst. Dies ergibt sich vorerst aus der Tatsache, daß auch hier wieder, wie schon bei Anlaß des Teilungsbeschlusses der Vereinigten Nationen, die amerikanische und die russische Politik gleich zu laufen scheinen, so sehr sie sich auch im Tempo konkurrenzieren mögen. Man wird diese Tatsache im Rahmen der direkten Auseinandersetzung, die um die Macht in Palästina nunmehr in großem Ausmaß ausgebrochen ist, nicht übersehen, so sehr auch die unmittelbaren Ereignisse selbst das Interesse vorerst in Anspruch nehmen mögen. Und unter diesen unmittelbaren Eindrücken ist nun zweifellos die Tragik der Geschehnisse nicht zu verkennen, durch welche der Staat Israel, der Traum der zweitausend Jahre, unter dem Feuer der Kanonen kaum gegründet, bereits wieder zur Diskussion steht. In eine ganz besonders schwierige Position ist in diesem Zusammenhang freilich die britische Politik geraten, die nun von allen Seiten als verantwortlich beschuldigt wird. Niemand wird die Briten von dieser Schuld freisprechen. Aber man möchte doch wünschen, daß aus diesen Schwierigkeiten, die in ihren großen Zügen freilich längst vorausgesehen werden konnten, nicht eine ernstliche Schwächung der britischen Position überhaupt eintrete. Denn nach wie vor bedarf Europa der britischen Verbindungs- und Vermittlerdienste, auch der britischen Auffangstellung in seinen Beziehungen mit Amerika; — die Weltpolitik aber scheint der *britischen Stellung* zwischen den beiden großen Weltmächten auch dann nicht entraten zu können, wenn das amerikanisch-russische Gespräch in ernsthaftem Sinne neu aufgenommen und weitergeführt werden sollte.

Jann v. Sprecher

Brief aus Paris

Der vergangene Monat hat in innerpolitischer Hinsicht nichts besonders Charakteristisches gebracht. Zum Teil ist die Waffenruhe während der Osterferien daran schuld, vor allem aber ohne Zweifel der allgemeine Wille, dem Lauf der Zeit nicht vorzugreifen. Die Vorböten einer Stabilisierung machen sich fühlbar. Wenn der Monat Juli, wie man hofft, eine gute Ernte bringt, wird dann vielleicht die gefährlichste Strecke der Nachkriegszeit überwunden sein? Aber jedermann fühlt, daß dazu noch eine Bedingung erfüllt sein muß, eine kleine Bedingung, die ganz und gar in einem einzigen Wort enthalten ist: im Wort «Frieden».

Die Unruhe über das Schicksal des Friedens

war seit einiger Zeit in den Gemütern vorherrschend. Heute ist eine Art Entspannung zu beobachten, die man mehreren Ursachen zuschreiben kann. In erster Linie: der überstürzt entfesselte Krieg, den man einen Augenblick lang befürchten konnte, ist nicht ausgebrochen. Das ist vielleicht ein Zeichen dafür, daß die Zukunft doch immerhin noch Chancen in sich birgt. Andererseits ist es ohne Zweifel nicht allzu kühn, wenn man annimmt, der Kommunismus sei in den westlichen Ländern ins Hintertreffen geraten, während diese sich täglich ihrer gemeinsamen Mission wieder mehr bewußt werden. Einen großen Eindruck hat in Paris die

Note Molotows

gemacht, die den Wunsch nach russisch-amerikanischen Aussprachen zu erkennen gab. Der Mann der Straße sah in ihr ein Zeichen der Entspannung und er hat sie mit einer Befriedigung zur Kenntnis genommen, die der Größe seiner Beängstigung entsprach. Die ihrer Verantwortung bewußten Regierungskreise waren freilich beunruhigt. Es gibt kaum einen gut eingeweihten Franzosen, der nicht die Meinung vertritt, die Abwesenheit Frankreichs in Yalta, in Potsdam, sei ein Unglück für Europa gewesen. Sollten wir neuen Konferenzen vom gleichen Typus entgegengehen? Nun erwies sich, daß die sensationelle Nachricht, welche die ganze Welt in Erstaunen versetzte, eine Nachricht war, die eher dem Reich der Propaganda als dem der Diplomatie entstammte. Die Unsicherheit wegen ihrer Auslegung ist rasch zerstreut worden. Aber etwas ist zurückgeblieben. Die öffentliche Meinung will es nicht gelten lassen, daß die Hoffnung, an die sie sich geklammert hatte, ganz und gar trügerisch gewesen sein soll. Sie braucht Anlässe, um hoffen zu können. Der

Brief Stalins an Wallace

ist dazu geeignet, sie in dem instinktiven Glauben zu bestärken: irgendetwas ist im Begriff, wieder ins rechte Geleise zu kommen. In Wirklichkeit aber ist der Brief Stalins an Wallace entweder ebenfalls ein Propaganda-Manöver oder der Beweis einer vollkommenen Unkenntnis der amerikanischen Wirklichkeit. Er stellt ein Dokument dar, das geeignet ist, jegliches russisch-amerikanische Verhandeln zu verhindern. Aber der Volksinstinkt hat vielleicht recht, in ihm trotzdem ein gutes Zeichen zu sehen. Denn schließlich: die Kunst der Propaganda, die Kunst, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, wenn sie auch noch so verwerflich sein mag, ist doch weniger schlimm als die Kunst des Krieges. Und wenn das Jahr 1948 nicht dazu bestimmt ist, das kritische Jahr zu sein, dann kann man annehmen, daß es eher 1950 oder 1952 sein wird. Bis dahin aber, kann man mit Lafontaine sagen: «werden der König, der Esel oder ich sterben». Man ist heute Fatalist geworden.

In jüngster Zeit war die allgemeine Aufmerksamkeit stark auf den Kongreß gerichtet, der im Haag im Hinblick auf die

Gründung einer Europäischen Föderation

abgehalten wurde. Die Tatsache ist äußerst bezeichnend, daß dazu 850 Delegierte zusammenkamen, darunter Politiker und Persönlichkeiten ersten Ranges. Man kann daraus schließen, daß die föderalistische Idee im Anmarsch begriffen ist, daß sie die Phase verstandesmäßiger Theorien hinter sich gelassen hat, um nun in den Reihen der politischen Wirklichkeiten der heutigen Zeit ihren Platz einzunehmen. Um aber die Wahrheit zu sagen, so stellt die große Zahl der föderalistischen Bewegungen — es sind nicht weniger als 23 und unter sich sind sie nicht immer einig — eher ein Handicap dar. Im Schoße aller nichtkommunistischen Parteien ist es freilich guter Ton geworden, sich als Föderalist hinzustellen. Und die Europäische Föderation bildet nach der in Marseille gegebenen ausdrücklichen Erklärung sogar das Hauptstück des außenpolitischen Programms des R.P.F. So kann man sagen, daß

Frankreich heute für den europäischen Föderalismus gewonnen

ist, obgleich ein gewisses Fehlen einheitlicher Ideen über die Beschaffenheit einer solchen Neuschöpfung unverkennbar ist. Der Haager Kongreß lehrte uns, daß es sich mit England leider anders verhält. Es besteht kein Synchronismus zwischen der französischen und der englischen Entwicklung auf diesem Gebiet. Frankreich ist dabei zu früh dran und England zu spät. Ohne jeden Zweifel liegt darin das Haupthindernis für eine schnelle Verwirklichung der Wünsche der Föderalisten. Die von Churchill in Zürich aufgeworfene Idee hat in seinem eigenen Land weniger rasche Fortschritte gemacht als auf dem Kontinent. Wir wollen hoffen, daß diese Verspätung bald eingeholt werde.

*Bertrand de la Salle***Brief aus der Tschechoslowakei**

Man schreibt uns aus *Prag*:

Schnell hat sich das politische Leben in der Tschechoslowakei seit dem 27. Februar, dem Tag der Machtergreifung der Kommunisten, verändert. Der Beseitigung der Führer der drei renitenten Parteien und ihrer Ersetzung durch Puppen, deren einziger Ehrgeiz darin besteht, Minister zu sein, ist die Selbstauflösung der Sozialdemokratischen Partei, die Überführung von 12 000 Betrieben in staatliche Hand, eine rasche «Einigung» über die strittigen Punkte der Verfassung und über das gleichfalls monatelang umkämpfte Schulgesetz, sowie natürlich auch eine zweite Reihe von Prozessen gegen Deutsche, Ungarn, Kollaboranten und «Verräter» gefolgt, da man mit den ersten und übrigens keineswegs milden Urteilen der Volkstribunale nicht zufrieden war.

Unter großem Pomp und von zahlreichen Reden begleitet, wurde am 9. Mai — drei Jahre nach dem Waffenstillstand —

die neue Verfassung

verkündet. In ihr wird gleich in der Präambel davon gesprochen, daß die Tschechoslowakei «eine volksdemokratische Republik» sei, die «den sicheren Weg zum Sozialismus gehen werde». Im Überschwang der Gefühle werden sogar die Ereignisse im Februar d. J. erwähnt und es wird selbstverständlich auch ausdrücklich auf die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 Bezug genommen. Eine ab-

fällige Bemerkung über die «Kapitalisten und Großgrundbesitzer» und über die Deutschen, die «als Kolonisten ins Land gekommen sind», darf ebenfalls nicht fehlen. Wie schon 1920, wird auch diesmal an der Fiktion des Nationalstaates festgehalten; deshalb finden sich in der neuen Verfassung auch keinerlei Bestimmungen über einen Minderheitenschutz, obwohl heute immer noch 400 000 Ungarn, 200 000 Deutsche, 90 000 Rusinen und 80 000 Polen im Lande wohnen. Die letzteren haben sich übrigens schon gerührt und volle Gleichberechtigung mit den beiden Staatsvölkern verlangt. Die Rechte der Slowaken wurden — äußerlich — gewahrt.

Die Neuwahlen

sind nun für den 30. Mai ausgeschrieben worden, denn die Kommunisten brauchen sich um ihre Mehrheit nicht mehr zu fürchten. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde nur eine einzige Liste eingereicht. Dies hat den Vorteil, daß man schon vor den Wahlen weiß, wieviel Mandate die Kommunisten den anderen, von ihnen geduldeten Parteien zubilligen. Für die Slowakei ergibt sich da z. B. das Bild, daß die Kommunisten dort 51 gegenüber früher 21 Sitze haben werden, während die bürgerliche «Partei der Wiedergeburt» (ehemalige Demokraten) nur noch über 12 gegenüber früher 43 Mandate verfügen werden. Die kleine, katholisch orientierte «Slowakische Freiheitspartei» wird ein Mandat mehr als bisher, nämlich vier haben, während die zwei Vertreter der Sozialdemokratie nun als Vertreter der Kommunisten in das neue Parlament einziehen werden. Ohne die kirchlichen Behörden — die jede politische Betätigung verboten haben — zu fragen, hat man auch drei katholische Geistliche aufgestellt, da man sich von deren Portierung scheinbar allerhand Stimmen versprach.

Obwohl nach dem Gesetz theoretisch auch die Kandidatur anderer Wahlgruppen möglich ist, sofern sie in einem Wahlkreis 1000 Unterschriften zusammenbringen, wird diese Möglichkeit ungenützt bleiben, denn der kommunistische Innenminister hat bereits deutlich erklärt, daß dies nur Menschen sein könnten, die «die Interessen ihrer Gruppen höher stellten als die Solidarität des Volksganzen».

Nach 70jähriger Tätigkeit hat nun auch die

tschechische Sozialdemokratie

ihre Fusion mit der Kommunistischen Partei beschlossen. Dies kam insofern ziemlich überraschend, als noch am 3. März — also bereits nach dem kommunistischen Putsch — der jetzige sozialistische Parteiführer Fierlinger erklärt hatte, daß «die Sozialdemokratische Partei für jene notwendig sei, die den Marxismus anders auslegen» und nur von einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten sprach. Und noch am 5. April konstatierte der Vorgänger Fierlingers, Vizepremier Lauschman, daß «die Sozialdemokratie selbständig bleiben und allein in die Wahlen gehen werde». Eine Woche später aber beschloß der Parteivorstand die Fusion mit den Kommunisten, «weil es nicht ratsam sei, die Vereinigung unserer beiden proletarischen Parteien noch weiter zu verschieben». Lauschman selbst hat bei den Wahlen nicht mehr kandidiert, sondern sich ins Privatleben zurückgezogen. Die eigentliche Fusion ist zwar erst für die Zeit nach den Wahlen vorgesehen, aber der Parteivorstand der slowakischen Sozialisten fordert bereits jetzt alle Anhänger auf, der Kommunistischen Partei beizutreten. Dies ist insofern interessant, als die slowakischen Sozialisten sich schon im Herbst 1944 mit den Kommunisten vereinigt hatten, jedoch im Frühjahr 1946 ihre Partei wieder selbständig machten.

Der deutlichen Isolierung der Tschechoslowakei auf internationalem Boden trachtet man dadurch zu begegnen, als man das Land zum Schauplatz großer Festlichkeiten macht, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung abzulenken. Anfangs April fand die

600 Jahr-Feier der Prager Universität

unter zahlreicher Beteiligung ausländischer Delegationen statt, doch waren nur gegen die Hälfte der eingeladenen Universitäten und in der Mehrzahl nur Vertreter der Oststaaten, nicht dagegen die englischen, österreichischen, deutschen und skandinavischen Hochschulen vertreten. Ende des Monats war Georgi Dimitroff in Prag und man kann sagen, daß selten einem Staatsmann ein derartiger Empfang zuteil wurde wie ihm.

Der tschechisch-bulgarische Freundschaftspakt,

der bei dieser Gelegenheit unterzeichnet wurde, ist optisch natürlich gegen Deutschland gerichtet, doch hat man auch die Klausel «oder Welch' anderen Staaten immer, die sich mit Deutschland direkt oder auf andere Weise verbünden», nicht vergessen. So sorgt man sich vor und die «mit Deutschland Verbündeten» können also (wie das bereits in der Presse gesagt wird) ohne weiteres auch die Westmächte sein. Dies den eigenen Völkern plausibel zu machen, wird es nur einer Goebbels'schen Propaganda bedürfen.

Durch ein Dekret wurde nunmehr auch die

deutsche evangelische Kirche,

die durch die Aussiedlung der Sudetendeutschen ja nur noch auf dem Papier bestand, aufgelöst. Ihr Vermögen wird nun vom Staat der böhmischen Brüderkirche, die eine evangelische Tendenz hat, und der tschechoslowakischen Kirche, in der die Neo-Husiten vereinigt sind, übergeben werden.

Der erste große Prozeß gegen eine größere Gruppe von slowakischen Separatisten fand in Preßburg statt. Es ist das Recht eines Staates, sich gegen feindliche Umtriebe zu schützen, aber die Tatsache, daß man zusammen mit dem Hauptangeklagten Otto Obuch auch den früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten

Jan Ursiny

zu sieben Jahren schweren Kerkers verurteilt hat, könnte man — wenn die Umstände nicht so tragisch wären — ohne weiteres als einen Treppenwitz der Geschichte bezeichnen. Ursiny, von 1945—47 Vizepremier, war früher Mitglied der Agrarpartei Dr. Hodžas, dann Führer der Demokratischen Partei und jedenfalls alles andere als ein Separatist. Weil er einer der Urheber des slowakischen Herbstaufstandes von 1944 gegen Tiso und die Deutschen war, wurde er mit anderen am 3. Jänner 1945 in contumaciam zum Tode verurteilt. Jetzt lernt er die Gefängnisse der Republik kennen, für die er damals sein Leben eingesetzt hat.

Brief aus Berlin

Über die Verhältnisse in der Ostzone und in Berlin wird uns von deutscher Seite geschrieben:

Auch der Berichterstatter, der über die Entwicklung in Deutschland lieber weniger sagen würde als mehr, um die starken bestehenden Spannungen nicht noch zu vergrößern, muß im Hinblick auf die Ostzone feststellen, daß in den letzten Wochen die systematische Bolschewisierung stark angestiegen ist. Die ganze Be-

völkerung steht so stark unter Kontrolle, daß das private Leben so gut wie aufgehoben ist. Die neue Kontrolleinrichtung nennt sich

«Volkskontrolle»

und setzt sich aus «zuverlässigen» Personen aus den Blockparteien, den Gewerkschaften und den antifaschistischen Organisationen zusammen. Die Volkskontrolle wird ihrerseits durch die SED und die russische Staatspolizei kontrolliert. Die Volkskontrolleure sind berechtigt, alle Betriebe und Transportmittel zu durchsuchen, um sogenannte «schwarze» Bestände, die angeblich der Kompensation dienen sollen, festzustellen, und alle Personen anzuzeigen, die mühsam, um am Leben zu bleiben, sich ein paar Produkte aus dem Land oder der Stadt beschafft haben. Wie in allen anderen Fällen mißbraucht die SED durch die Volkskontrolleure ihre Machtvollkommenheit. Sie beschlagnahmt, ohne das Beschlagnahmte weiterzuleiten. Sie droht und erpreßt und hat die schon reichlich ausgedehnte Korruption und das Denunziantentum in unvorstellbarer Weise vermehrt. Der Unternehmer auch des kleinsten Betriebes — und große Betriebe in Privathand gibt es nicht mehr — wird von einem seiner «zuverlässigen» Arbeiter kontrolliert, der Bauer von dem «zuverlässigen» Landarbeiter. Der Landarbeiter hat nach offizieller Verlautbarung die Durchführung des Anbauplanes strengstens zu überwachen, ebenso wie der Industriearbeiter die befohlene Produktionssteigerung zu kontrollieren hat. Die Folgen davon sind allgemeine Arbeitsunlust, Verbitterung und stete Auseinandersetzungen und Streitereien zwischen dem nominell verantwortlichen Betriebsleiter und diesen Volkskontrolleuren. Ebensowenig wie die Nationalsozialisten haben sich die Volkskontrolleure gescheut, auch die Kinder als Kontrollorgane ihrer Eltern anzusetzen.

Unter dem Vorwand der Notwendigkeit einer Verstärkung der Grenzpolizei ist der Polizeiapparat riesig vergrößert worden, natürlich durch SED-Leute, als Ersatz für die an die Grenze geschickten alten Polizisten. Die Kontrolle der Bevölkerung geht sehr weit. So ist es verboten, Sender zu hören, durch die der westliche Nachrichtendienst empfangen werden kann. Es liegen authentische Zeugnisse darüber vor, so aus der Tbc-Heilstätte Schielo über Wippra am Südharz, wo ausdrücklich lediglich das Abhören der Sender Berlin und Leipzig gestattet ist.

Die *Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften* sowie Büchern aus Verlagen im Westen wird systematisch sabotiert. Die Buchhändler, die sie vertreiben, werden bedroht. Wenn man z. B. in Halle gerne den Berliner «Telegraph» lesen möchte, so muß man nach Merseburg fahren, um ihn zu kaufen, da der Sowjet-Kommandant in Halle die Befolgung der unmißverständlichen Kontrollratsanweisung einfach ablehnt. In Eisenach, wo westliche Zeitungen noch ausliegen, wagt niemand, ein Abonnement aufzugeben, da vertraulich die Drohung verbreitet wurde, daß die ständigen Leser westlicher Zeitungen sich gut als Geiseln eignen würden, «wenn es so weit ist».

Der Erfolg aller dieser Maßnahmen ist eine in der ganzen Ostzone verbreitete Angst, jeder mißtraut jedem, man spricht nicht mehr laut, man flüstert höchstens, kurz, man spürt keinen Unterschied gegenüber der Zeit, in der die Gestapo ihre Terrorherrschaft ausübte. Die Furcht ist leider nur zu berechtigt, denn jeder Verdächtige, jeder Denunzierte ist von Verhaftung, Verschleppung, völligem Verschwinden oder der lebensgefährlichen Arbeit in den Uranbergwerken bedroht. In diesen Bergwerken werden Arbeitsmethoden angewendet, die, ohne jede Schutzmaßnahmen, das Leben der Arbeiter unmittelbar gefährden. Die Arbeitsämter erhalten von der Besetzungsmacht einfach den Auftrag, so und so viele Leute zu stellen. Freiwillige gibt es nicht mehr, trotz des verlockenden Textes des Arbeitsvertrages und den für die Ostzone außergewöhnlich hohen Lebensmittelzuteilungen. So nimmt man einfach, wen man findet, ganz gleich, ob er gesundheitlich und fachlich für die Arbeit geeignet ist. Im «Paradies der Arbeiter» wird jeder, auch der quali-

fizierte Arbeiter in der Industrie, der drei Tage ohne betriebsärztliches Attest der Arbeit fernblieb, ins Bergwerk deportiert.

Wenn man nun fragt, ob denn in der Bevölkerung sich kein Widerstand rege, so muß man feststellen, daß die meisten in völliger Hoffnungslosigkeit die Hände sinken lassen, weil ja doch alles nichts mehr nützt. Aber hier tritt in Erscheinung, was wir schon aus Hitlers Zeiten kennen: der *einzig* Widerstand wird von den Kirchen geleistet, besonders in Thüringen. Es steht zu hoffen, daß

die Kirchen

wiederum die Instanzen sein werden, die beweisen, daß es auch für die rücksichtslose Gewalt und den Terror eine Grenze gibt, die nicht überschritten werden kann. Um die Kirchen sammeln sich Kreise, bei denen man nicht ohne weiteres eine enge Verbindung mit dem Christentum voraussetzen darf. Die Eingriffe in die kirchliche Freiheit sind bisher nicht sehr offensichtlich, da es immer schwierig ist, mit irgendwelchen Verordnungen oder Gesetzen in die Freiheit der Kirchen einzugreifen. Die

akademische Freiheit

aber ist aufgehoben. Frau Dr. Marie Torhorst, Thüringens Kultusminister, hat sich in einem Artikel scharf gegen Rektor, Senat und Professorenschaft der Universität Jena gewandt und gegen die dort angeblich bestehende Auffassung, daß es die ausschließliche Aufgabe der Universitäten sei, für eine gute fachliche Ausbildung der Studenten zu sorgen. «Rektor und Senat», so heißt es in diesem Artikel im «Thüringer Volk», «sind dafür verantwortlich, daß die Universität ihre politische Isolierung aufgibt, daß die Professoren die Studenten aus der fachlichen Einseitigkeit herausführen. Professoren, die sich erlauben, in ihren Vorlesungen ihre Studenten durch antidemokratische Randglossen aufzuputschen, können nicht weiter tätig sein und müssen ihres Amtes enthoben werden». Wer denkt da nicht an die Stelle zur weltanschaulichen Überwachung des deutschen Geisteslebens unter dem Regime Hitlers?

Es erscheint bedenklich, daß amtierende Minister, so z. B. der Innenminister Siewert von Sachsen-Anhalt, es offen aussprechen, es sollte so bald wie möglich eine

ostdeutsche Sowjetrepublik

ausgerufen werden. Alle Innenminister der Länder in der Ostzone sind Kommunisten. Der «Volkskongreß» bemüht sich, die Fusion der drei Blockparteien zu einer «Kongreßpartei» durchzusetzen — Vorbereitungen, die man aus Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei nur zu gut kennt. In Sachsen-Anhalt sind von 180 Regierungsstellen vom Regierungsrat aufwärts 110 von der SED besetzt. Der Prozentsatz der Kommunisten in den Regierungsstellen ist mit 70—80 % nicht zu hoch geschätzt.

Auch die Überführung privater Betriebe in sogenannten «landeseigenen Besitz» geht weiter. Nach wie vor besteht in der Industrie eine völlige Vorherrschaft der

sowjetischen Aktiengesellschaften.

In der Ostzonenwirtschaft gibt es mehr als hundert, unter ihnen alle erfolgreichen Großbetriebe, wie alle Braunkohlengruben, Treibstoffwerke, Kalibergwerke, Elektrizitätswerke. Ferner das Wolfram-Werk in Aue, das Kupferschieferwerk von Mansfeld-Hettstadt, das Eisen- und Hüttenwerk Thale, Polte- und Krupp-Gruson in Magdeburg, die meisten Maschinenfabriken, die Kugellagerfabriken in Böhlitz-Ehrenberg, die Knorrbremse Berlin, alle Waggonfabriken, die Neptunwerft in Rostock und

BMW-Eisenach. Ebenso die Unternehmungen von Siemens-Schuckert und Siemens & Halske und AEG, die gesamte Thüringer Uhrenindustrie, die Leuna-Werke, die Bitterfelder Werke, Buna in Schoppau, die deutschen Solvay-Werke in Berneburg, die Film- und I.G.-Farbenindustrie, die Zement- und Gummifabriken, die staatliche Porzellanmanufaktur Meißen und die Papierfabriken.

Es ist selbstverständlich, daß alle Hoffnungen in der Ostzone sich an Berlin klammern und die *tapfere Haltung der Berliner* Trost und Stärkung für die geringe Widerstandskraft in der Ostzone bedeuten. Die Hoffnungen sind berechtigt. Denn trotz der Gefahrenlage in der Ostzone hat die Bevölkerung von Berlin in den letzten Wochen eine Bestätigung ihrer Festigkeit auch dadurch erbracht, daß in Berlin, bis auf kurze Stunden der Aufregung, weit mehr Ruhe und Besonnenheit herrschten, als es die aufgeregten Berichte der west- und süddeutschen Presse und auch mancher großen ausländischen Zeitungen erkennen ließen. Es ist ein gutes Zeugnis für die Berliner, daß sie trotz der deutlichen Drohungen der SED und der hinter ihr stehenden Besatzungsmacht sich in keiner Weise bewegen ließen, den demokratischen Idealen, für die sie in der vorigjährigen Wahl so überzeugend eingetreten waren, untreu zu werden. Das neuerliche, geflissentlich betonte

Liebeswerben der Russen

um die Berliner Bevölkerung, bei forciert zur Schau getragener Mißachtung der westlichen Besatzungsmächte, hat niemand in seinem Zweifel an dem guten Willen der Russen wankend gemacht. Der Anschauungsunterricht, welcher der gesamten Bevölkerung der Ostzone durch die unter russischem Schutz stehende SED mit ihrer beispiellosen Terrorwirtschaft, ihrer korrupten, brutalen, nur nach «Gesinnung» ausgesuchten Polizei geboten wird, ist zu überzeugend, als daß irgend ein Deutscher noch an das Vorhandensein eines guten Willens der Russen glauben könnte. Die Demonstration mit dem «Volkskongreß», bei dem die deutschen Quislinge aus den sogenannten bürgerlichen Parteien eine traurige Statistenrolle spielten, die Unmöglichkeit für die Zehntausende von Verschleppten, in irgendeine Verbindung mit den Ihrigen zu kommen, die systematische Verelendung der Bevölkerung, die nach wie vor brutal durchgeführte Demontage, trotz gegenteiliger Versicherung des russischen Marschalls, sprechen eine zu deutliche Sprache. Alle Versicherungen und Versprechungen, die freigebig gemacht wurden, das Herausstrecken einer nationalistischen Fahne und der Seelenfang bei ehemaligen Nationalsozialisten, die Verheißungen der Paulusarmee — alles verpufft. Der ausgesprochene Wirklichkeitssinn der Berliner läßt sich dadurch nicht beeindrucken.

Das plumpe Spiel, die Westmächte durch dauerndes Sabotieren und Schikanieren zwingen zu wollen, als erste eine deutsche Teilregierung und einen deutschen Teilstaat aufzurichten, verfängt gleichfalls nicht. Man weiß, daß die Russen, die selbst eine «selbständige» Regierung für die Ostzone inklusive Verfassung und Währungsreform längst fertig haben, dieses Spiel nur spielen, um den Westmächten die Verantwortung für eine Zerreißen Deutschlands zuzuschieben, die durch die Russen längst zur Tatsache geworden ist.

Auch das Einschwenken der vielen sogenannten *Intellektuellen* in die russische Front, nicht unbeeinflusst durch reichliche markenfreie Verpflegung, Zigaretten und Alkohol, die dafür die Freiheit des Geistes ohne weiteres verraten und von der Notwendigkeit «gelenkten» Geistesschaffens faseln, um wenigstens etwas von ihrem Gesicht zu wahren, bestärkt nur die gesund empfindende Bevölkerung in ihrer konsequenten Ablehnung.

Auch die als endgültig bezeichnete Entscheidung, die dann prompt von der SED aufgenommen wurde, für immer auf den deutschen Osten zu verzichten, hat ein Übriges getan. Wir wollen nicht wieder von den sinnlosen Quälereien und Schindereien sprechen, denen die Deutschen bis vor kurzem beim Interzonenverkehr in

Marienborn unterworfen wurden. Zuerst durch die Russen, heute durch die deutsche Terrorpolizei. Nicht davon, daß deutsche Behörden den freien Zugang von Druck-erzeugnissen aus der Westzone trotz entgegenstehender Bestimmung des Kontrollrats, ja selbst den Vertrieb von Bildern aus der Ostzone verbieten. Als ein kleines Zeichen für die russische Sorgfalt führen wir an, daß zwar manche Bücher aus der Westzone zum Verkauf zugelassen werden, um die völlige demokratische «Freiheit» zu dokumentieren, daß aber in diesen Büchern halbe und ganze Seiten geschwärzt sind; daß deutsche Zeitschriften aus dem Westen in vielen Fällen nur ausgeliefert werden durften, wenn bestimmte Seiten vorher entfernt waren.

Die Behauptung, daß die *Ernährungslage in der Ostzone* sich verschlechtert habe, weil Hunderttausende von hungernden Menschen aus den Westzonen schwarz über die Grenze gegangen wären, um die «wundervolle» Ernährung der Ostzone zu genießen, richtet sich in ihrer Albernheit selbst. Den Zeitungen nach wird die deutsche Bevölkerung allerdings glänzend versorgt, aber die Betroffenen selbst wissen, daß sie eine Zuteilung erhalten, von der sie auf die Dauer einfach nicht leben können.

In Berlin hat die Bevölkerung sich erneut bewährt, und von Seiten der Parteien sind mutige und anständige Worte des Widerstandes und der Verurteilung jeder Art der Gewaltpolitik gefallen. Das sollte ganz Deutschland diesen tapferen Männern und Frauen nicht vergessen. Die Hoffnungen der Berliner gründen sich auf die festen Zusagen der westlichen Besatzungsmächte, Berlin nicht aufzugeben. Sie werden dadurch gestärkt, daß eine Aufgabe Berlins einen nie wieder einzubringenden Prestigeverlust für die westlichen Mächte und für die Demokratie überhaupt bringen müßte, daß die westlichen Mächte die letzte Möglichkeit einer Diagnostizierung der russischen Absichten verlieren würden und der Verlust Berlins den Verlust Deutschlands, ja vielleicht Europas bedeuten würde.

Trotz aller Drohungen glaubt der Berliner nicht an kriegerische Absichten der Russen, und er ist nüchtern und klar genug, keinerlei Hoffnung für Deutschland auf eine kriegerische Verwicklung zu setzen, weil nur nationalsozialistisch Verseuchte glauben können, ein Krieg könne für Deutschland einen Vorteil bringen.

Militärische Umschau

Ein Kernproblem

Anläßlich der kürzlichen Ernennung eines Militärattachés an unserer Gesandtschaft in Sofia wurde in der amtlichen Mitteilung die Berufung eines Milizoffiziers auf diesen Posten wie folgt begründet:

«Die Berufung eines Milizoffiziers auf einen unserer militärischen Auslandsposten ist darauf zurückzuführen, daß unser Instruktionskorps immer noch unter einem sehr erheblichen Personalmangel leidet» (NZZ Nr. 898).

Im Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1947 wird diesbezüglich gesagt:

«Der zahlenmäßige Bestand des Instruktionskorps ist immer noch ungenügend, was zur Folge hat, daß auch im Berichtsjahr die Instruktionsoffiziere vielfach über Gebühr beansprucht werden mußten. Die maßgebenden Instanzen des Militär- wie des Finanz- und Zolldepartementes sind sich darüber einig, daß eine wesentliche Änderung dieser Situation und die notwendige Reform des Instruktionskorps nur erreicht werden können durch eine namhafte Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse».

Der zahlenmäßig ungenügende Bestand ist bedrohlich. Wie akut die Frage des Nachwuchses ist, möge folgendes kleine Beispiel illustrieren: In einem Schießkurs rührte kürzlich ein sehr hochgestellter Offizier sogar vor den versammelten Kursteilnehmern die Werbetrommel.

Die Tatsache einer Überbeanspruchung hatte schon wiederholt zur Folge, daß ein Instruktionsoffizier, am Ende seiner Kräfte angelangt, einen sofortigen Erholungsurlaub antreten mußte. Durch diese Überbeanspruchung wird naturgemäß die Qualität der geleisteten Arbeit zum Nachteil der Offiziers- und Truppenausbildung herabgesetzt. Der zahlenmäßige Mangel birgt die Gefahr in sich, auch zweitrangige Anwärter einzustellen, um wenigstens die empfindlichsten Lücken zu schließen, sodann die Gefahr, den aufreibenden Beruf aufzugeben, um eine gutbezahlte Stelle in der Privatwirtschaft anzutreten, eine Erscheinung, die schon nach 1918 beobachtet werden konnte.

General *Wille* umriß in seinem Bericht über den Aktivdienst die Bedeutung der Instruktionsoffiziere mit folgenden Worten:

«Die ständigen Heereseinheitskommandanten und die Instruktionsoffiziere sind die Grundpfeiler der Armee. Sie bestimmen den Geist, der die Armee stillstehen und verderben läßt oder gesund erhält». Und ferner

«Jeder Rappen Militärausgaben ist hier hinausgeworfen, solange nicht die Spitzen und Lehrer der Instruktion als Elitekorps der Armee angesehen werden können».

Unser Dienstreglement stellt fest:

«Die Instruktionsoffiziere sind im Friedensdienst die wichtigsten Träger soldatischer Überlieferung und militärischer Grundsätze».

In einem in Bern gehaltenen Vortrag sagte der Feldprediger Hauptmann *Rudolf Müller*:

«Der Instruktionsoffizier hat die Verbindung des militärischen Fortschrittes mit der gesunden schweizerischen Tradition zu sichern und über die durch Erfahrung bewährte Festigkeit und zielbewußte Ausbildung zu wachen. Er ist verantwortlich für den Geist zur Wehrbereitschaft und das Vermächtnis zum Wehrwillen» (A.S.M.Z. Nr. 3, 1942).

Von der großen Bedeutung der Instruktorfrage überzeugt, reichte die Schweizerische Offiziersgesellschaft während des Aktivdienstes 1939/1945 ein auf gründlichen Studien beruhendes Memorandum über den ganzen Fragenkomplex an Bundesrat und General ein. General *Guisan* sagt hierüber in seinem Bericht über den Aktivdienst: «dessen Schlußfolgerungen deckten sich in den großen Zügen mit meiner Auffassung und derjenigen meiner Untergebenen». Anschließend betont der General die «dringende Notwendigkeit» der erwarteten Reformen. Der Bundesrat bemerkt in seinem Mitbericht an die Bundesversammlung, das Problem gehöre zu den schwierigsten und sei zugleich ohne Frage eines der wichtigsten. Er fügt bei:

«Eine wirklich allseitig befriedigende Lösung dürfte vielleicht überhaupt zu den unerfüllbaren Dingen gehören. Trotzdem müssen die größten Anstrengungen gemacht werden, um schon in der nächsten Zeit zu einer brauchbaren Regelung zu gelangen».

Erfreulicherweise hat Nationalrat *Bühler* am 8. März 1948 mit 25 Mitunterzeichnern nachfolgende *Motion* eingereicht:

«Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen, auf welche Weise das Instruktionkorps unserer Armee in seiner wirtschaftlichen und sozialen

Stellung derart gefördert werden kann, daß ein qualitativ hochstehendes und zahlenmäßig genügendes Kader an Instruktionsoffizieren und -unteroffizieren gesichert ist».

Schließlich meldete die Depeschenagentur am 22. Mai, der *ständige Ausschuss für Militärfragen der Freisinnig-demokratischen Partei* habe sich mit dem Problem des Ausbaus unserer Landesverteidigung befaßt und fügte bei:

«In diesem Zusammenhang wurde erneut auf die Bedeutung des Problems des Instruktionkorps hingewiesen und die baldigstmögliche Verwirklichung zugesicherter Verbesserungen gewünscht» (NZZ Nr. 1090).

Tatsächlich ist die Instruktorenfrage sehr lange vielfach stiefmütterlich behandelt worden. Es kann sich hier aber nicht darum handeln, auf frühere Versäumnisse und Fehler hinzuweisen, umsomehr als die derzeitigen maßgebenden Persönlichkeiten nicht nur von der Notwendigkeit der Reformen überzeugt, sondern auch bestrebt sind, alles zu tun, was in ihren Kräften liegt. Neben Reformen mehr interner Natur, die in der Kompetenz der Gruppe Ausbildung oder des Bundesrates liegen, gibt es aber Reformen, die finanzielle Mittel beanspruchen und der Unterstützung des Parlamentes und des Volkes bedürfen. Es sind dies die *wirtschaftliche Besserstellung* und die *Neuregelung der Pensionierung*. Ein Anfang ist letzten Herbst für die Instruktionaspiranten gemacht worden. Der Geschäftsbericht des Bundesrates sagt hierüber:

«Die neue Regelung hat zwei wesentliche Neuerungen gebracht: eine Verkürzung der Probezeit und eine wirtschaftliche Besserstellung und Sicherstellung während dieser Probezeit. Für die Probezeit soll künftig die Dauer eines Jahres die Regel bilden. . . An Stelle des bisherigen Gradsoldes mit besonderer Zulage oder eines Taggeldes erhalten die Instruktionaspiranten nun ein festes monatliches Gehalt ohne Rücksicht auf die Zahl der tatsächlich geleisteten Dienstage. Von der neuen Regelung ist zu erwarten, daß sie auf geeignete Offiziere einen vermehrten Anreiz ausübe, die Laufbahn des Instruktionsoffiziers zu ergreifen. . . Ein Bundesratsbeschluß vom 24. Oktober 1947 ermöglicht durch Änderung der Ämterklassifikation den Aufstieg der Instruktionsoffiziere in die 12. Besoldungsklasse».

Es sind aber weitere Maßnahmen notwendig. Auf Grund der Ansätze per 1. Januar 1948 betragen die Durchschnittsgehälter, nach Abzug der Beiträge an die Versicherungen, im *vierten* Gradjahr, ohne Kinder- und Ortszulagen, für

	Hauptmann	Major	Oberst
Netto Jahr	10 500	13 500	16 500
Netto Monat	875	1 125	1 375

Die Ortszulage beträgt pro Jahr z. B. in Bern Fr. 600, für zwei Kinder $2 \times 200 = 400$, total somit Fr. 1000. Es ergibt sich infolgedessen die Notwendigkeit, die Instruktionsoffiziere in höhere Besoldungsklassen einzureihen, um ihnen einen ihrer Stellung entsprechenden Unterhalt ihrer Familie zu ermöglichen.

Das zweite neu zu regelnde Kapitel betrifft die *Pensionierung*. General *Guisan* hat die Auffassung vertreten:

«daß die Instruktionsoffiziere aus dem Beamtenkörper und damit aus der Pensionskasse des Bundes herausgelöst werden sollten und daß denjenigen, die auf den obern Gradstufen keine Aussicht auf Verwendung mehr hätten, eine anderweitige Beschäftigung zuzuweisen oder eine Abfindung durch den Bund zu gewähren sei» (Bericht des Bundesrates, S. 69).

Die erwähnte «Herauslösung» würde eine ähnliche Behandlung wie diejenige unseres diplomatischen Korps ermöglichen und zweifellos große Vorteile mit sich bringen. Das Postulat einer anderweitigen Verwendung ist alt. Schon General *Wille* forderte, es müsse «in den Militärverwaltungen, aber auch in anderen eidgenössischen und kantonalen Verwaltungen das Unterkommen gewährleistet sein» (Bericht S. 75). *Dollfus* verlangte im Jahre 1923 im Nationalrat:

«Il faut donc à tout prix donner la préférence aux instructeurs pour les places de directeur d'arsenaux, pour d'autres places civiles, non seulement dans le Département militaire, mais dans toute l'administration fédérale...» (A.S.M.Z. Nr. 21, 1923).

Und der langjährige Redaktor der Militärzeitung, Oberst *Karl Von der Mühl*, bemerkte:

«... die Zahl der Instruktoren, welche auf diese Weise in die Verwaltung einzuschieben sind, kann niemals so groß werden, daß sie die Interessen der Zivilbeamten in irgendwie erheblichem Maße beeinträchtigt» (A.S.M.Z. Nr. 22, 1924).

Erfahrungsgemäß stößt aber schon die Placierung in anderen Zweigen der Militärverwaltung, beispielsweise der Kriegsmaterialverwaltung, leider auf große Schwierigkeiten, weil die betreffenden Verwaltungsabteilungen ihre eigenen Leute avancieren lassen wollen. Oberstlt. i. Gst. *Georg Züblin* schlug daher im Jahre 1946 vor, drei verschiedene Stufen für ein vorzeitiges Ausscheiden zu schaffen: für die Hauptleute, die als Staboffiziere nicht mehr verwendet werden können, für die Oberstleutnants, welche nicht als Schulkommandanten in Betracht kommen, und für die Obersten nach Bekleidung des Grades während acht Jahren. Er fügt bei:

«Die Pensionen sollten so gehalten werden, daß im ersten Fall der Ausscheidende sich in Ruhe nach einer neuen Tätigkeit umsehen könnte, in den beiden letzteren Fällen so, daß er sich zur Ruhe setzen könnte» (A.S.M.Z. Nr. 4, 1946).

Züblin erinnert daran, daß die meisten ausländischen Armeen eine derart abgestufte Pensionierung kennen und sagt:

«Mir scheint es wesentlich erträglicher, aus voller Tätigkeit auszuschneiden, als erst dann, wenn man jahrelang von einer jüngeren Generation heimlich bespöttelt oder bedauert wurde».

Die Neuregelung der Pensionierung ist heute noch dringlicher wie früher, weil eine Vermehrung der Instruktorenzahl in den unteren Chargen mit der Zeit einen entsprechenden Andrang zu den oberen Chargen mit sich bringt und zufolge der jetzigen Beförderungsbedingungen ein neuernannter Offizier nach 23 Jahren, bei den Frontpiloten sogar schon nach 20 Jahren zum Oberst avancieren kann. Wie der Bundesrat feststellt, kann die berufliche Stellung des Instruktionsoffiziers nicht von seinem militärischen Grad gelöst werden. Er fügt bei:

«Den Instruktionsoffizieren müssen die gleichen militärischen Beförderungsmöglichkeiten zugestanden werden wie den Milizoffizieren. Dies führt zwangsläufig dazu, daß sie zu höheren Graden vorrücken, während die Möglichkeit der Verwendung in einer dem höheren Grade entsprechenden beruflichen Funktion sich immer mehr verengt» (Bericht des Bundesrates, S. 69).

Eine allfällige Nichtbeförderung ist von Oberstkorpskommandant *Frick* schon geißelt worden als er noch Major war. Er schrieb im Jahre 1929:

«Man sucht sich damit zu helfen, daß man sie gar nicht, oder nicht mit ihrer Altersklasse befördert. Das ist wohl das Schlimmste, was man tun kann. Wer nicht befördert wird, wird verbittert und verliert noch vollends das bißchen Frische und Passion für den Dienst, das ihm vielleicht geblieben ist» (A.S.M.Z. Nr. 9, 1929).

Das Alter der jetzigen Schulkommandanten der Infanterierekrutenschulen z. B. schwankt zwischen 42 und 48 Jahren. Nach der bisherigen Praxis bleibt ein Schulkommandant nicht länger wie höchstens acht Jahre auf seinem Posten. Was wird aus all den Vielen — zahlenmäßig die überwiegende Mehrzahl —, die mit Beginn der Fünfzigerjahre am Ende ihrer Karriere angelangt sind? Weil, sofern keine Invalidität vorliegt, eine Pensionierung erst mit 65 Jahren möglich ist, finden sie eine weit weniger wichtige Verwendung wie bisher und verrichten eine Arbeit, die ebensogut einem jungen Stabsoffizier, in manchen Fällen einer gewandten Sekretärin, übergeben werden könnte. Züblin sagt in seinem bereits erwähnten Aufsatz mit Recht:

«Solche Zustände sind entwürdigend. Und doch müssen die betreffenden Offiziere dieses Los tragen, weil sie sonst ganz einfach nichts zum Leben hätten. Und die Vorgesetzten können keinen andern Weg finden, weil gesetzliche Grundlagen dazu fehlen».

Außer der Musik- und Theaterwelt gibt es keine Berufe, in denen man am Schluß der Lebensarbeit in die deprimierende Situation geraten kann, wieder eine untergeordnete Stellung bekleiden zu müssen, in der Regel bleibt der große Haufen einfach stehen. Das ist in der militärischen Hierarchie nicht möglich.

Die vorgeschlagene vorzeitige Pensionierung scheint zunächst eine starke finanzielle Belastung des Bundes zur Folge zu haben. Bei genauerem Zusehen muß aber festgestellt werden, daß es billiger ist, eine Anzahl von Offizieren frühzeitig und in ausreichendem Maße zu pensionieren, als sie bei vollem Gehalt eine Tätigkeit ausüben zu lassen, der jüngere Kräfte oft besser gewachsen wären.

Der schöne Beruf des Instruktionsoffiziers erfordert viel Idealismus und Begeisterung. Hievon kann man aber nicht leben. Andererseits ist er, wie der Bundesrat feststellt, ohnehin «von vielen Entsagungen und Verkennungen begleitet» (Bericht S. 70). Sorgen wir daher dafür, daß die finanzielle Besserstellung und die Neuregelung der Pensionierung in befriedigender Weise geregelt werden, damit immer wieder Elemente ins Instruktionkorps treten, die der Forderung gerecht werden, die schon das Kavalleriereglement von 1915 aufstellte:

«Die Instruktionsoffiziere sollen die Träger der soldatischen Tradition, gesunder militärischer Grundsätze sein; sie sind die Lehrer der Truppenoffiziere und ihre militärischen Vorbilder».

Miles